Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannisgasse 33.

Sprechstunden der Redaction
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 4—5 Uhr.

Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstr. 22,
Louis Lösche, Katharinenstr. 18, p.
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 16,250.

Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk.,
incl. Bringerlohn 5 Mk.,
durch die Post bezogen 6 Mk.
Jede einzelne Nummer 25 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
ohne Postbeförderung 39 Mk.
mit Postbeförderung 48 Mk.

Inserate 5gesp. Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unserem
Preisverzeichniß. — Tabellarischer
Satz nach höherem Tarif.

Reclamen unter dem Redactionsstrich
die Spaltzeile 40 Pf.
Inserate sind stets an d. Expedition
zu senden. — Rabatt wird nicht
gegeben. Zahlung praenumerando
oder durch Postvorschuß.

№ 341. Donnerstag den 11. November 1880. 74. Jahrgang.

Bekanntmachung.

Von heute ab beträgt bei der Reichsbank der Discont 4 Procent, der Lombardzinsfuß 5 Procent.

Berlin, den 9. November 1880.

Reichsbank-Directorium.

Bekanntmachung.

Aus Anlaß der Einschätzung zur Einkommensteuer auf das Jahr 1881 werden den Vorständen von juristischen Personen und Vereinen aller Art, sowie den Arbeitgebern ꝛc. gegenwärtig Formulare zur Anfertigung von Gehalts- bez. Lohnnachweisungen behändigt, welche nach Maßgabe der Bestimmungen in §§ 36 und 37 des Einkommensteuergesetzes vom 2. Juli 1878 verbunden mit § 28 der dazu gehörigen Ausführungsverordnung vom 11. October desselben Jahres ausgefüllt **binnen 8 Tagen, von der erfolgten Behändigung ab gerechnet, bei Vermeidung einer Geldstrafe bis zu 50 Mark, die bei Verabsäumung des Termins unnachsichtlich beigetrieben werden wird, an die Filiale unserer Stadt-Steuereinnahme in der alten Nicolaischule**, Nicolaikirchhof Nr. 12, abzugeben sind.

Sollten oben genannte Vorstände, Arbeitgeber ꝛc. Formulare in nicht genügender Anzahl oder bis zum 15. d. M. überhaupt nicht erhalten haben, so sind dergleichen an obengedachter Expeditionsstelle zu entnehmen.

Leipzig, den 8. November 1880.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Koch.

Bekanntmachung.

Wir bringen hierdurch zur öffentlichen Kenntniß, daß wir die Fischerobermeister Herrn **Carl Wilhelm Müller** und Herrn **Friedrich Wilhelm Löhler** angewiesen haben, die Flüsse, Fluthrinnen und Teiche hiesigen Stadtbezirks, soweit dieselben als **Eisbahnen** benutzt werden, während der Dauer gegenwärtigen Winters sorgfältig zu überwachen.

Es ist daher den Anordnungen derselben, sowohl seitens der Inhaber der Eisbahnen, als auch seitens der die Eisbahnen Besuchenden unbedingt Folge zu leisten.

Insbesondere ist das Betreten des Eises und das Schlittschuhlaufen, bevor Solches auf der fraglichen Eisbahn von den Obengenannten für unbedenklich erklärt worden, verboten. Es haben auch die Inhaber der Eisbahnen auf bezügliche Anordnung und namentlich bei eingetretenem Thauwetter den Zutritt zu ihren Bahnen ferner nicht zu gestatten und etwaige eisfreie oder nicht genügend sichere Stellen in gehöriger Weise abzusperren.

Zuwiderhandlungen gegen diese Vorschriften werden mit Geldstrafe bis zu sechszig Mark oder mit Haft bis zu vierzehn Tagen geahndet werden.

Leipzig, am 3. November 1880.

Der Rath der Stadt Leipzig
Dr. Georgi. Harrwitz.

Bekanntmachung.

Die am 25. September d. J. zu Dresden verstorbene
Frau Amalie Eleonore verw. gewesene Pastor **Baumann**, geb. **Schwartz**,
hat der hiesigen Biener'schen Blindenanstalt und dem hiesigen Waisenhause je **Dreitausend Mark** legatweise ausgesetzt.

Nachdem wir beschlossen haben, diese Legate für die gedachten Anstalten anzunehmen, bringen wir dies mit dem Ausdrucke unseres wärmsten Dankes, welchen wir der edlen Wohlthäterin nachrufen, zur öffentlichen Kenntniß.

Leipzig, am 8. November 1880.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Harrwitz.

Bekanntmachung.

Die Entschädigung für die in der Zeit vom **30. August** bis **11. September d. J.** am **Barfuß-Pförtchergäßchen, Brühl**, an der **Burgstraße, An der 1. Bürgerschule, Großen u. Kleinen Fleischergasse, am Goldhahngäßchen**, an der **Grimmaischen, Hain-, Halleschen, Katharinenstraße, Klostergasse**, am **Markt, Neukirchhof**, an der **Nikolai-, Park-, Peters-, Plauenschen Straße**, am **Plauenschen Platz, Reichs-, Schiller-, Schulstraße, Schloßgasse**, am **Salzgäßchen, Theaterplatz, Thomaskirchhof**, an der **Töpferstraße** und **Theatergasse** allhier einquartiert gewesenen Truppen des **Königl. Sächs. 5. Infanterie-Regiments Nr. 104**, sowie der attachirten **Truppentheile** am **Grimmaischen Steinwege**, an der **Gerberstraße**, am **Löhr'schen Platz**, an der **Leibnitzstraße**, am **Roßplatz** und an der **Waldstraße** kann in den nächsten 8 Tagen bei unserm Quartieramte, Katharinenstraße Nr. 29, I. Etage, Alte Rathswaage, erhoben werden.

Der den Quartierzettel Vorweisende gilt zur Empfangnahme berechtigt.

Leipzig, am 8. November 1880.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Tröndlin. Lambrecht.

Bekanntmachung.

Für die zweite diesjährige Vorstellung zum Besten des **Theater-Pensions-Fonds**, welche
Freitag, den 12. d. M.
stattfinden wird, haben wir die Oper „Eurvanthe", Musik von C. M. von Weber, gewählt und sind wir der Hoffnung, daß auch diese Vorstellung seitens des geehrten Publicums sich eines recht zahlreichen Besuches erfreuen wird.

Leipzig, den 8. November 1880.

Der Verwaltungs-Ausschuß für den Theater-Pensions-Fonds.

Wahlagitationen in Amerika.

Die große Republik jenseits des Oceans hat eine Periode der höchsten Aufregung hinter sich: die Vorbereitungen und Agitationen für die Wahl derjenigen Männer, welche den Präsidenten zu wählen haben. Man kann sich in Europa nur schwer ein Bild gestalten von der fieberhaften Unruhe, die in einer solchen Zeit alle Kreise und Classen der Vereinigten Staaten-Bevölkerung ergreift. Es giebt kaum ein erlaubtes oder unerlaubtes Mittel, das nicht angewandt würde, um die Wahlbewegung in Fluß zu bringen, um die Aufmerksamkeit und die Sympathie auf den Candidaten der einen Partei hin- und von dem Erwählten der anderen Partei abzulenken.

Dem öffentlichen Leben in Amerika haftet ein Zug von Unsittlichkeit an; und so wird denn drüben von der schmutzigsten Verleumdung der hervorragendsten Persönlichkeiten in der Regel in einer Weise Gebrauch gemacht, daß jeder halbwegs empfindliche Europäer auf das Tiefste angeekelt würde. Man macht getrost und mit der Ueberzeugung, daß sich doch Dummköpfe genug finden werden, das Märchen glauben, daß Präsidenten und Präsidentschaftscandidaten Betttücher und silberne Löffel, Cassen und Urkunden stehlen; ja es ist einmal vorgekommen, daß man in einem großen Meeting eine Anzahl von Kindern benutzte, die dem die Rednerbühne besteigenden Candidaten das zärtliche Wort „Vater" entgegen rufen mußten, um die Versammelten glauben zu machen, daß der Erwählte der Nation auch starke Neigung habe, den „Vater der Nation" im unsittlichen Sinne zu spielen. — Das ist eben echt amerikanisch!

Millionen von Dollars werden für Bestechung der Presse, für Gewinnung von Rednern und Agitatoren jeder Art verausgabt, um die öffentliche Meinung zu bearbeiten. Jeder Müllhaufen, jeder Straßeneckstein wird zur Rednertribüne, um die sich Abends beim Fackelscheine und bei bengalischer Beleuchtung Volksversammlungen gruppiren, um die Schandthaten der einen Partei gebührend schmähen und den Edelsinn der anderen bis in den Himmel loben zu hören. Allabendlich halten die Anhänger der kämpfenden Parteien in den großen Städten pomphafte Umzüge, bei denen jeder Theilnehmer ein Lämpchen an der Mütze oder eine Fackel in der Hand trägt, denen Musikcorps voranschreiten, und über die Hunderte von Fahnen und phantastische Embleme hinausragen. Jeder Austernkeller, jede Kneipe ist der Tummelplatz bezahlter Agenten und Agitatoren, welche die Kneipbrüder durch reichliche Spendung obligaten Stoffs von der Vorzüglichkeit der republikanischen oder demokratischen Programme zu überzeugen sich bemühen. In allen Eisenbahnzügen finden Probeabstimmungen statt, um Wahrscheinlichkeitsschlüsse auf das Ergebniß der eigentlichen Wahl zu gewinnen, und nicht selten steigert sich der Eifer so hoch, daß schließlich der Revolver als ultima ratio zum Worte kommt.

Das ist amerikanische Gerissenheit oder „Smartness!" Kurzum, die ganze Union befindet sich in dieser Periode in einer Art von politischem Veitstanz, dessen ansteckender Wirkung sich kaum Jemand entziehen kann. Und doch läßt sich Tausend gegen Eins wetten, daß an den hauptsächlichsten Grundsätzen und Grundzügen der Constitution der Union kaum Etwas geändert werden würde, ob nun die eine oder die andere Partei den Sieg erringt.

Die beiden Hauptparteien Amerikas, die republikanische wie die demokratische Partei, sind im Princip streng republikanisch; die eine in etwas stärker, die andere in einer etwas schwächer liberalen Schattirung. Und wenn den Demokraten vorgeworfen wird, daß sie die Auflösung der Union in eine Anzahl kleiner constitutionell unabhängiger Republiken erstreben, so ist Das eine parteiische Uebertreibung, deren innere Unwahrscheinlichkeit auf der Hand liegt. Wenn in der That die Demokraten von heute decentralistischer als die Republikaner sind, so hat Das seinen Grund einfach darin, daß sie wenigstens in den Staaten, in denen sie die Mehrheit haben, ihre politischen Gedanken möglichst vollkommen zum Ausdruck bringen möchten, und daß ihnen darin die straff centralistische Constitution unter republikanischem Gesammtregimente hinderlich ist. Einmal am Ruder der Gesammtherrschaft, würden sie sich sicher bemühen, die Constitution und die Verwaltung nach demokratischen Grundsätzen zu entwickeln und dann noch centralistischer sein als die Republikaner, die weit mehr als sie das System der freien Sondergestaltungen begünstigen. Es mag gar nicht zu leugnen sein, daß das demokratische Programm sich in wichtigen Dingen vom republikanischen unterscheidet und vom freisinnigen Standpuncte aus viel weniger annehmbar ist als jenes; aber grundsätzlich von ihm verschieden ist es nicht, und die Republik würde ebenso sicher bestehen können mit einem demokratischen wie mit einem republikanischen Präsidenten an der Spitze.

Das Alles erklärt die furchtbare Aufregung der Wahlperiode durchaus noch nicht, zumal der Präsident keinen entscheidenden Einfluß auf Gesetzgebung und Verwaltung übt. Aber der ganze Beamtenapparat der Union wird insofern durch den Ausfall der Wahl erschüttert, als der Erfolg der einen Partei auch die Ersetzung der Beamten durch Anhänger der siegenden Partei zur Folge hat. Es ist natürlich, daß die Einen danach streben, im Besitz ihrer Beamtenpfründen zu bleiben, und die Anderen Jene daraus zu verdrängen, um sich selbst an ihre Stelle zu setzen. So wird jeder Beamte ein Agitator aus eigenem persönlichen Interesse, und wesentlich aus den Taschen der Beamten und der muthmaßlichen Beamtencandidaten fließen die ungeheueren Summen zusammen, mit deren Hülfe jener riesige Agitationsapparat geschaffen wird, der das amerikanische Volk durch lange Monate hindurch in diesen Zustand versetzt. So allein erklärt sich diese Aufregung, deren Haupttriebfeder ein kläglicher Aemterschacher ist.

In diesem Jahre war der Wahlkampf ein besonders harter und erbitterter, denn die letzte Wahl hat gezeigt, daß die Parteien einander an Stärke fast gewachsen waren. War schon damals die Wahl Hayes' nur durch Trug und Gewaltstreich durchzusetzen gewesen, so konnte jetzt die Wahl Garfield's noch viel mehr zweifelhaft erscheinen. Das Ergebniß des 3. November hat aber gezeigt, daß man sich getäuscht hat. Die Republikaner haben mit Garfield einen entscheidenden Sieg erfochten, und die demokratischen Stimmen haben eine auffallende Abnahme dieser Partei erwiesen.

Man kann und muß den Sieg der Republikaner in Rücksicht auf die Stetigkeit der Verwaltungs-, Finanz- und Wirthschaftspraxis der Vereinigten Staaten freudig begrüßen, aber von so gewaltiger Bedeutung, wie ihn die republikanische Partei selbst ausposaunt, ist er durchaus nicht. Die Rettung der Republik und der Union konnte und kann dieser Sieg schon darum nicht bewirken, weil Niemand in den Vereinigten Staaten ernsthaft daran gedacht hat, die unvergleichliche Schöpfung des großen Washington in Frage zu stellen.

Politische Uebersicht.

Leipzig, 10. November.

Es gehört zur ultramontanen Taktik, empfindliche Niederlagen für Siege auszugeben. Trotz des Abfalls ungefähr der Hälfte der conservativen Fraction im preußischen Abgeordnetenhause an dem Präsidentenwahl-Bündniß mit dem Centrum scheint dieses doch Werth darauf zu legen, auch jetzt noch die Untrennbarkeit der „christlich-conservativen" Interessen zu betonen. Dabei wird freilich zur Bedingung gemacht, daß nur gläubige Christen als wahre Conservative angesehen werden können, eine Unterscheidung, die ganz nach dem Geschmacke der „Kreuzzeitung" und des „Reichsboten" sein muß. Einzelne Führer der jetzigen conservativen Partei werden sich dann freilich schon gefallen lassen müssen, daß sie als außerhalb der staatserhaltenden Gruppe stehend betrachtet werden. Das Entgegenkommen der Ultramontanen geht so weit, daß sie sich auch schon zur Unterstützung des Sturmlaufs gegen die Civilehe bereit erklären, mit dem sie früher Nichts zu thun haben wollten. Um diese Unterstützung besonders werthvoll, weil in vollster Uneigennützigkeit gewährt, erscheinen zu lassen, motiviren sie dieselbe folgendermaßen: Das Civilstandsgesetz habe der katholischen Kirche keinen Nachtheil bereitet, es habe im Gegentheil dem Pfarrer manche Erleichterung im Schreibwesen gebracht und bei der Herrschaft der Maigesetze oft einen willkommenen Ausweg in den vacanten Pfarreien geboten. Der Katholik wisse, daß die bloße Civilehe nach den Grundsätzen der Kirche als Concubinat gelten würde: Das genüge für jeden gläubigen Katholiken, um die Nothwendigkeit der kirchlichen Eheschließung anzunehmen. Thatsächlich seien dann auch die Fälle, wo katholische Brautpaare nach Erlaß des Reichs-Civilstandsgesetzes auf die kirchliche Eheschließung verzichtet hätten, gleich Null gewesen. Dessen ungeachtet würde das Centrum einen etwaigen Antrag auf Beseitigung der Civilehe unterstützen. Die Ehe gelte den Katholiken nicht als bürgerlicher Vertrag, sondern als eine zur Würde eines Sacramentes erhobene Verbindung, ihre Eingehung somit als ein der kirchlichen Hut übergebener Act. Habe das Civilstandsgesetz darin eine Aenderung zum Nachtheile der katholischen Lehre herbeigeführt, so könne die Rückkehr zu dem alten Verhältniß beim Centrum auf kein Hinderniß stoßen, auch dann nicht, wenn die Conservativen die Revision der kirchenpolitischen Land- und Reichsgesetze auf diesen Punct beschränken wollten. Ebenso will das Centrum für die Zurücknahme des Schulaufsichtsgesetzes stimmen. Es hofft dabei aber freilich doch darauf, daß die Conservativen wenigstens so „gerecht" sein würden, dafür einzutreten, daß die rein „kirchlichen Amtshandlungen der Geistlichen jeder Möglichkeit strafrechtlicher Verfolgung entrückt würden." Es scheint so, als wenn die Ultramontanen mit einem derartigen Gesetzentwurf demnächst im preußischen Landtage vorgehen wollten.

Man hört wieder einmal versichern, Fürst Bismarck werde an den Landtagsverhandlungen, soweit sie den Etat des Handelsministeriums betreffen, persönlich Theil nehmen, und in diesem Falle werde die für die laufenden Geschäfte neu eingesetzte Stellvertretung im Handelsministerium den Kammern nicht officiell angezeigt werden.

Das auswärtige Amt des Deutschen Reiches soll außer dem Staatssecretair, dessen Stelle demnächst Graf Hatzfeldt einnehmen wird, auch einen Unterstaatssecretair erhalten. Dieser neue Posten muß etatsmäßig erst geschaffen werden. Was die Errichtung einer neuen Abtheilung anlangt, so wird der neu zu ernennende Unterstaatssecretair, über dessen Persönlichkeit noch nichts Genaues verlautet, wahrscheinlich zugleich Chef dieser Abtheilung werden.

Der von verschiedenen Seiten angekündigte Besuch des Herrn v. Radowitz in Friedrichsruhe ist ganz geeignet, die Gerüchte von einer zwischen dem bisherigen Geschäftsträger in Paris und dem Reichskanzler bestehenden Spannung auf das richtige Maß zurückzuführen. Der Uebereifer, den Herr v. Radowitz in Wien an den Tag gelegt haben soll, hat ihm — so wird officiös geschrieben — offenbar das Vertrauen des Reichskanzlers nicht entzogen. Der Wunsch des Fürsten Bismarck, mit Herrn v. Radowitz vor dessen Abreise nach Athen Rücksprache zu nehmen, richtet sich wohl weniger an den Gesandten in Athen, wo die Rathschläge der Mäßigung auf steinigen Boden fallen dürften, als an den künftigen Gesandten in Konstantinopel.

Vor einigen Tagen hat in Crefeld der altkatholische Bischof Reinkens einen Vortrag in einer fast ausschließlich von Katholiken besuchten Versammlung gehalten, wie sie nie großartiger dagewesen ist. Die liberale Presse begrüßt diesen Vortrag eben so freudig, wie die schwarze ihn verdammt. Herr Reinkens bemerkte u. A.: „Eine Aussöhnung der Altkatholiken mit Rom" könnte niemals stattfinden, denn von Rom sei kein Heil, sondern nur Lug und Trug, Knechtschaft ꝛc. zu erwarten. Allerdings, wenn einmal ein „liberaler" Papst ans Ruder käme, wozu indeß keine Aussicht vorhanden sei, dann könnte es anders werden. Die Regierungen Europas würden jedenfalls besser thun, statt sich um die Grenzen von Montenegro und Griechenland zu kümmern, einen Congreß zu berufen und zu berathen, wie sie die Knechtschaft Roms über die Millionen Katholiken brechen könnten, ja sie sollten das Nest in Rom nur gleich selbst ausheben . . . ." Das war ein mannhaftes Wort zur rechten Zeit, denn die Ueberhebung des Papstthums ist, trotz aller gegentheiligen Versicherungen, nie stärker gewesen als zur Stunde.

Der Beschluß des zweiten Strafsenats des Berliner Kammergerichts, in dem Verleumdungsproceß des Stuttgarter Demokraten Karl Mayer